

Weidmann, Jens

Article

Nicht gegen die Gesetze der Ökonomie – Hans-Werner Sinn als öffentlicher Intellektueller

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Weidmann, Jens (2016) : Nicht gegen die Gesetze der Ökonomie – Hans-Werner Sinn als öffentlicher Intellektueller, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 69, Iss. 09, pp. 13-17

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165748>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Nicht gegen die Gesetze der Ökonomie – Hans-Werner Sinn als öffentlicher Intellektueller

13

Rede* anlässlich des Internationalen Wissenschaftssymposiums und offiziellen Festakts zur Verabschiedung von Hans-Werner Sinn und zum 25. Jahrestag der Gründung des Center for Economic Studies (CES).

Lieber Hans-Werner Sinn,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist mir eine große Ehre, heute vor einem so breiten Publikum aus namhaften Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu sprechen, die gekommen sind, um Hans-Werner Sinn zu würdigen.

Hans-Werner Sinn war mehr als 30 Jahre lang Wirtschaftsprofessor und über 15 Jahre lang Präsident des ifo Instituts. Glücklicherweise muss ich gar nicht erst versuchen, die Fülle seiner wissenschaftlichen Leistungen zusammenzufassen: Dies hat Kai Konrad bereits in seiner hervorragenden Rede getan. Er hat auch darauf hingewiesen, dass sich das ifo Institut unter der Leitung von Hans-Werner Sinn zu einer international renommierten Forschungseinrichtung entwickelt hat.

Hans-Werner Sinn ist jedoch nicht nur ein exzellenter Ökonom und außergewöhnlicher Wissenschaftsmanager. Er ist auch ein einflussreicher öffentlicher Intellektueller, der die wichtigen politischen Debatten der letzten Jahrzehnte maßgeblich beeinflusst hat, indem er ökonomische Argumente in die Diskussion einbrachte.

Kurt Tucholsky hat einmal gesagt: »Wer auf andere Leute wirken will, der muss erst einmal in ihrer Sprache mit ihnen reden.«

Genau das hat Hans-Werner Sinn getan. Wie kaum ein anderer deutscher Ökonom hat er es verstanden, ökonomische Argumente der Öffentlichkeit verständlich zu machen. Über ein Dutzend Bücher, Hunderte von Stellungnahmen und zahlreiche Rundfunk- und Fernsehinterviews belegen dies. Sie übersetzen in hervorragender Weise die häufig modellbasierten Argumente ökonomischer Fachkreise in eine Sprache, die die Öffentlichkeit versteht.

Dabei war er manchmal polarisierend, oft bissig und immer streitbar – aber das sind die entscheidenden Merkmale eines öffentlichen Intellektuellen. Öffentliche Intellektuelle argumentieren mit großer Leidenschaft. Sie haben eine Haltung und nicht nur eine Meinung. Will man andere mit öffentlichen Stellungnahmen darin bestärken, sich eine eigene Meinung zu bilden und am Diskurs zu beteiligen, so ist genau dies unerlässlich.

Für Hans-Werner Sinn war der Diskurs mit der Öffentlichkeit nie Selbstzweck. Eine seiner Grundüberzeugungen ist es, dass kein Politiker permanent die – wie er es nennt – Gesetze der Ökonomie ignorieren kann, ohne dass sich dies später als extrem kostspielig erweist.

Er ist überzeugt, dass Politiker immer dazu neigen, die Gesetze der Ökonomie zu ignorieren, weil die Steuerzahler den wahren Preis einer politischen Maßnahme häufig erst Jahre später erkennen. Deshalb wollte Hans-Werner Sinn die Öffentlichkeit frühzeitig warnen, wenn politische Maßnahmen den ökonomischen Prinzipien zuwiderliefen.

»Es ist mein Auftrag, mich zur Wirtschafts- und Finanzpolitik öffentlich zu äußern und Debatten zu initiieren...«, wie er es einmal in einem Interview sagte.¹ Aus dieser Motivation heraus hat er eine enorme Anzahl an öffentlichen Stellungnahmen verfasst.

Selbst wenn ich es wollte, ich könnte gar nicht alle Themen aufzählen, mit denen er sich befasst hat. Ich möchte heute nur drei Punkte aufgreifen, die Meilensteine in der deutschen Wirtschaftsgeschichte der letzten 25 Jahre waren. Aus allen dreien lassen sich Lehren ziehen für die wirtschaftlichen Herausforderungen Europas in der heutigen Zeit.



Dr. Jens Weidmann
Präsident der Deutschen
Bundesbank

* Veröffentlicht auf der Website der Deutschen Bundesbank unter: https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2016/2016_01_22_weidmann.html.

¹ Hans-Werner Sinn, *Verspielt nicht eure Zukunft*, Redline Verlag, München 2013.

Erster Halt auf unserer Reise durch die deutsche Wirtschaftsgeschichte ist die deutsche Einheit.

Wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands: Unvollständige Konvergenz

Als die ostdeutschen Unternehmen 1990 in die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit Westdeutschland eintraten, lag ihre Produktivität weit unter der ihrer westlichen Konkurrenten.

In ihrem Buch »Kaltstart – Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Einheit« machten Hans-Werner Sinn und seine Frau Gerlinde darauf aufmerksam, dass sich ein Anstieg der Arbeitslosigkeit im Osten nur verhindern ließe, wenn die ostdeutschen Löhne so lange unter dem westdeutschen Niveau blieben, bis die ostdeutschen Unternehmen einen ausreichenden Kapitalstock und damit eine ausreichende Arbeitsproduktivität aufgebaut hätten.²

Allerdings waren die politischen Entscheidungsträger seinerzeit bereits mit einer starken Abwanderungsbewegung von Ost nach West konfrontiert. Gewaltige Lohnunterschiede zwischen den beiden Teilen Deutschlands hätten diese Abwanderung weiter verstärkt. Für die meisten politischen Entscheidungsträger stand die Beibehaltung eines großen Lohngefälles deshalb nicht so hoch im Kurs. Sie nahmen hin, dass sich Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände auf eine Lohnangleichung an das Westniveau in nur fünf Jahren einigten.

Im Buch »Kaltstart« wurde richtig vorausgesagt, es sei »völlig ausgeschlossen, dass sich die Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft schnell genug erhöht, um diese Löhne mit einer Vollbeschäftigung oder zumindest einer geringen Arbeitslosigkeit vereinbar zu machen.«³ Und tatsächlich: In den ersten fünf Jahren der deutschen Einheit stieg die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland von praktisch null auf fast 17%. In Westdeutschland dagegen erhöhte sich die Arbeitslosenquote nur um 3 Prozentpunkte.

Fairerweise muss man sagen: Andere Faktoren mögen ebenfalls zu diesem Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen haben. Einer dieser Faktoren war die Währungsumstellung. Einige von Ihnen werden sich noch an die kontrovers geführte Debatte über die Umrechnung der Ost-Mark in die D-Mark erinnern. Letzten Endes wurden die ostdeutschen Löhne 1:1 in D-Mark umgerechnet. Der damalige Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl hatte – aus denselben Gründen wie Hans-Werner Sinn – vor einer daraus resultierenden Benachteiligung ostdeutscher Unternehmen gewarnt. Spä-

ter jedoch gab er zu, dass es kaum eine Alternative gegeben habe: »Insofern,« so Pöhl, »war die politische Realität damals stärker als die ökonomische Logik.«

Die hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland wurde durch Transferzahlungen des Westens abgedeckt. Wie hoch diese Transfers tatsächlich waren, lässt sich nicht genau sagen. Hans-Werner Sinn hat einmal geschätzt, dass sich diese bis zum heutigen Tag auf rund 1,8 Billionen Euro belaufen – etwa so viel wie das deutsche BIP 1991.⁴ Allerdings umfasst diese Summe sicherlich mehr als nur die Transferzahlungen im Rahmen des Sozialversicherungssystems.

Eine zentrale Aussage von »Kaltstart« ist, dass es sehr viel billiger gewesen wäre, die Arbeitnehmer für niedrigere Löhne zu entschädigen als die Arbeitslosen für ihren Stellenverlust.⁵ Hans-Werner Sinn sah einen wichtigen ökonomischen Grundsatz bei der wirtschaftlichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf den Kopf gestellt, nämlich »dass man Verteilungsziele durch die Zuweisung von Erstaussstattungen erreichen kann, jedoch niemals versuchen sollte, sie durch einen Eingriff in die Faktorpreise anzustreben.« Er fürchtete zudem, dass die Löhne dadurch zu lange über dem markträumenden Niveau bleiben würde.

Die Verteilungsziele wurden außerdem nur zum Teil erreicht: Noch immer ist die Arbeitslosigkeit im Osten höher als im Westen, und das ostdeutsche Pro-Kopf-Einkommen beträgt nur 71% des westdeutschen.

Diese Erfahrung erklärt zumindest zum Teil, warum viele deutsche Ökonomen eine Transferunion in Europa kritisch sehen, da diese Probleme noch durch die Tatsache verschärft werden, dass mit Blick auf Europa das Verhältnis von Kontrolle und Haftung weiter aus der Balance gebracht würde. Entscheidungen würden vor allem auf nationaler Ebene getroffen werden, und die Konsequenzen dieser Entscheidungen würden sich auf den gesamten Euroraum auswirken. In den letzten Jahren wurden viele Vorschläge zur Risikoteilung und Vergemeinschaftung von Schulden unterbreitet; hierzu zählen Eurobonds oder auch ein gemeinsames Einlagensicherungssystem. Gleichzeitig wurde aber wenig über die notwendige Übertragung fiskalischer Souveränität gesprochen. Ohne eine Übertragung nationaler fiskalischer Verantwortung auf die europäische Ebene würde ein solcher Aufbau die Anreize für vernünftige und nachhaltige politische Entscheidungen in den Mitgliedstaaten untergraben. Auf diesen Punkt werde ich später noch zurückkommen.

Das deutsche Sozialsystem und die Kräfte der Globalisierung

Das Bestreben Hans-Werner Sinns, die Öffentlichkeit aufzuklären zu wollen, wenn sich die Politik den ökonomischen

² Gerlinde Sinn und Hans-Werner Sinn, *Kaltstart – Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Einheit*, 3. überarbeitete Auflage, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1993.

³ Ebenda.

⁴ Gerlinde Sinn und Hans-Werner Sinn, »Die deutsche Vereinigung als Vorbild für Europa?«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2. Oktober 2015.

⁵ Gerlinde Sinn und Hans-Werner Sinn, a.a.O., 1993.

Grundprinzipien widersetzt, zeigte sich dann wieder zu Beginn der 2000er Jahre. In einer Reihe öffentlicher Stellungnahmen warnte er davor, dass der deutsche Wohlfahrtsstaat nur unzureichend für die Globalisierung gewappnet sei.

Die deutsche Arbeitsmarktreform ist der zweite Halt auf unserer Reise in die Vergangenheit. Auch hier stand wieder dasselbe ökonomische Prinzip auf dem Spiel wie zuvor: Verteilungsziele dürfen nicht durch einen Eingriff in die Faktorpreise angestrebt werden.

Der Eintritt Chinas und Indiens in die Weltmärkte würde nach Überzeugung von Hans-Werner Sinn einen Abwärtsdruck auf die Löhne geringer qualifizierter Arbeitskräfte in Deutschland ausüben. »Güterhandel und Kapitalverkehr schaffen [...] einen gemeinsamen Arbeitsmarkt, und auf einem solchen gemeinsamen Arbeitsmarkt kann es keine großen Lohnunterschiede mehr geben«,⁶ so schrieb er.

Er zeigte sich zu Recht besorgt darüber, dass der deutsche Ansatz, den Verlierern der Globalisierung Lohnersatzleistungen zu zahlen, einen impliziten Mindestlohn festlege, der eine Lohnanpassung verhindert. Dies war ein weiterer Versuch, sich den ökonomischen Kräften zu widersetzen. »[...] Die Folge ist, dass die Globalisierung statt der Handelsgewinne Arbeitslosigkeit erzeugt,«⁷ schrieb er in einem viel beachteten Artikel 2004.

Es musste also ein Weg gefunden werden, die Verlierer der Globalisierung zu entschädigen, ohne den Markt davon abzuhalten, angemessene Faktorpreise festzulegen. Zusammen mit anderen Ökonomen, dem Sachverständigenrat und auch der Bundesbank hat er deshalb einen Paradigmenwechsel in Bezug auf den Wohlfahrtsstaat gefordert und sich dafür ausgesprochen, mehr auf die staatliche Bezuschussung von Löhnen als auf Lohnersatzleistungen zu setzen.

Damit war Hans-Werner Sinn einer der Wegbereiter der sogenannten Agenda 2010, die zwischen 2003 und 2005 beschlossen wurde. Zentrale Elemente der Reformen waren die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und die Verschärfung der Regelungen zur Zumutbarkeit für Arbeitsangebote. Im Gegenzug begann die Regierung niedrige Löhne aufzustocken. Das deutsche Sozialsystem zahlte jetzt, wie Hans-Werner Sinn es ausdrückte, »Mehr Geld fürs Mitmachen und weniger Geld fürs Wegbleiben.«

Und das Rezept ging auf: Die Arbeitslosigkeit sank, und die Beschäftigung nahm zu. Zur ganzen Wahrheit gehört aber, dass diese Entwicklung durch ein Umdenken aufseiten der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände mitgetragen

wurde, das zu einer moderateren Lohnpolitik und einer Stärkung von Betriebsvereinbarungen führte. Die Gewerkschaften reagierten damit auf den weiteren Anstieg der ohnehin schon hohen Arbeitslosigkeit.

Diese Änderungen halfen Deutschland, die zahlreichen Herausforderungen, die sich aus der deutschen Einheit, dem Wettbewerbsdruck durch die EU-Osterweiterung und der Globalisierung ergaben, zu meistern.

Nebenbei bemerkt: Noch heute und selbst angesichts einer nahezu vollständigen Auslastung der Kapazitäten tragen die Tarifabschlüsse den Auswirkungen auf die Beschäftigung Rechnung. Der Blick der Bundesbank auf die Löhne ist rein analytisch. Die entscheidende Frage hier lautet, ob ihre Entwicklung im Einklang mit unserem Hauptziel steht: der Preisstabilität. Unser besonderes Augenmerk gilt demnach vor allem Zweitrundeneffekten. Solche Zweitrundeneffekte sind nach unserer Analyse derzeit für Deutschland nicht feststellbar.

Diese Sicht auf die Löhne ist keine politische Empfehlung. Nicht nur, weil wir die Tarifautonomie respektieren, sondern auch weil wir mit Hans-Werner Sinn darin einig sind, dass Tarifverhandlungen nicht durch das Streben nach anderen politischen Zielen überfrachtet werden sollten – beispielsweise durch Leistungsbilanzziele.

Vor kurzem beschlossene wirtschaftspolitische Maßnahmen wie der Mindestlohn und die abschlagsfreie Rente mit 63 für langjährige Beitragszahler können allerdings als Abkehr von der Reformpolitik der Agenda 2010 gesehen werden.

Diese Entscheidungen veranschaulichen wieder einmal das zentrale Problem politischer Empfehlungen, das ich bereits erwähnt habe: So kann der Mindestlohn kurzfristig gesehen – soweit die wirtschaftliche Situation und die Beschäftigung relativ stabil sind – durchaus positive ökonomische Effekte haben, da er zu Einkommenssteigerungen bei den Arbeitnehmern führt. Dementsprechend ist die Bundesbank in ihren makroökonomischen Prognosen für das letzte Jahr davon ausgegangen, dass der Mindestlohn einen leichten wachstumsfördernden Effekt haben wird. Mittelfristig sind die Auswirkungen des Mindestlohns aber sicher weniger günstig. Viel wird davon abhängen, ob eine Politisierung der Arbeit der Mindestlohnkommission verhindert werden kann.

Reformen für eine stabilere Währungsunion

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der letzte Halt auf unserer Zeitreise ist die Eurokrise, die ebenfalls ein zentraler Schwerpunkt der wissenschaftlichen und politischen Arbeit von Hans-Werner Sinn ist.

⁶ Hans-Werner Sinn, *Das Dilemma der Globalisierung*, Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie an der Universität St. Gallen, 2004.

⁷ Ebenda.

In seinem Buch »Der Euro« schreibt er: »Die europäischen Spannungen resultieren aus einem fundamentalen Konflikt zwischen Wunsch und Wirklichkeit, dem sogenannten Primat der Politik über die ökonomischen Gesetze. Über Jahre hinweg kann die Politik ihren Willen durchsetzen und so tun, als gäbe es keine Budgetzwänge, keine ökonomischen Gesetze und keine Mathematik.«

Sein Urteil über den aktuellen Zustand des Euroraums fällt recht negativ aus: »Heute erinnert die Eurozone eher an einen Scherbenhaufen, auf dem man von Krise zu Krise stolpert.«

Wie Hans-Werner Sinn weiß, sehe ich die Lage des Euroraums nicht so pessimistisch wie er. Dies liegt nicht allein am Altersunterschied oder an der Tatsache, dass mit zunehmender Lebensdauer die Erinnerung an die Stelle der Hoffnung tritt – um den deutschen Schriftsteller Wilhelm Raabe zu zitieren. Schließlich hat es gewisse Fortschritte in den Mitgliedsländern und den Institutionen des Euroraums gegeben.

Trotzdem bin ich mir mit ihm in einem Punkt einig: Ein wichtiger Grund für die Krise im Euroraum war, dass es den Kapitalmärkten nur bedingt gelungen ist, die öffentliche und private Verschuldung in den Mitgliedstaaten des Euroraums einzudämmen. Ausdruck hierfür ist eine übertriebene Konvergenz der Risikoprämien für die Kreditgewährung an Staaten und private Haushalte im Euroraum nach der Einführung des Euro.

Diese Konvergenz ließe sich teilweise damit erklären, dass das Wechselkursrisiko durch die Einführung des Euro weggefallen ist. Die Angleichung der Risikoprämien ging jedoch darüber hinaus, weil die Anleger die Risiken im Zusammenhang mit dem Anstieg der öffentlichen und privaten Verschuldung falsch bewerteten.

Die eingeführten Rettungsmechanismen haben zwar verhindert, dass die Krise im Euroraum eskalierte, allerdings nur, indem Banken- und Staatsgläubiger aus der Verantwortung genommen wurden. Das Prinzip der Gläubigerhaftung wurde weiter untergraben.

Hierbei handelt es sich um ein weiteres ökonomisches Gesetz, dessen Verletzung sehr kostspielig würde, wie Hans-Werner Sinn gewarnt hat. »Die Haftung der Gläubiger ist das Grundprinzip der Marktwirtschaft,« schrieb er. »[...] die Kreditgeber [lassen] bei ihren Anlageentscheidungen nur dann die notwendige Vorsicht walten, wenn sie damit rechnen müssen, in Haftung genommen zu werden.« Hans-Werner Sinn hat diesem Thema mindestens drei Bücher gewidmet; in allen ruft er vehement dazu auf, Kontrolle und Haftung wieder in Balance zu bringen.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wurde im Hinblick auf Investitionen in Banken zu Beginn dieses Jahres vollzogen,

als die Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD) in Kraft trat. Sie sorgt dafür, dass künftig zunächst einmal die Aktionäre und Gläubiger einer Bank die Risiken und Verluste tragen müssen.

In diesem Zusammenhang gilt es anzumerken, dass die Banken aufgrund der neuen Basel-III-Vorschriften nunmehr verpflichtet sind, höhere Kapitalpuffer vorzuhalten. Dadurch erhöht sich die Haftung der Aktionäre im Falle der Sanierung oder Abwicklung einer Bank.

Damit das Prinzip der Haftung – oder wie Walter Eucken es formulierte: »Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen« – auch für Staatsschulden gilt, haben die Gründungsväter des Euro die Nichtbeistandsklausel in den Maastricht-Vertrag aufgenommen. Sie war der »Dreh- und Angelpunkt der Konstruktionsidee des Euro«, wie Hans-Werner Sinn in einem seiner Bücher schrieb.

Doch obwohl die Institutionen und Regularien schon vor der Krise Bestand hatten, erwies es sich für die Finanzstabilität im Euroraum als riskant, einen Staat einfach in die Insolvenz gehen zu lassen. Weil Staatsanleihen in den Eigenkapitalvorschriften für Banken fälschlicherweise als risikofrei eingestuft wurden, hielten die Banken Staatsanleihen in beträchtlichem Umfang – der Nexus zwischen Staaten und Banken ist im Euroraum sehr eng.

Hans-Werner Sinn hat eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, um den Staatsanleihemarkt wieder marktwirtschaftlicher zu gestalten. An dieser Stelle möchte ich nur zwei erwähnen, die mir besonders wichtig erscheinen – und die sich mit Forderungen decken, die ich des Öfteren vorbringe:

- erstens die Abschaffung der regulatorischen Privilegien für Staatsschulden und
- zweitens die Beschränkung der Hilfen im Rahmen der Rettungsmechanismen

auf das, was absolut notwendig ist, um bewerten zu können, ob ein Land nur vorübergehend illiquide oder zahlungsunfähig ist.

Während Hans-Werner Sinn dies erreichen will, indem man die Finanzhilfen auf zwei Jahre beschränkt, hat die Bundesbank vorgeschlagen, die Laufzeit aller Staatsanleihen automatisch um drei Jahre zu verlängern, wenn ein Land einen Antrag auf ein ESM-Programm stellt. Private Gläubiger könnten somit ihre Gelder so lange nicht abziehen, bis klar ist, ob das Land nur vorübergehend illiquide oder zahlungsunfähig ist.

Beide Probleme müssen gelöst werden, um den Maastricht-Rahmen zu stärken, der – wie man sich immer mal wieder

ins Gedächtnis rufen sollte – immer noch die rechtliche Grundlage der Währungsunion ist.

Zu guter Letzt verdient Hans-Werner Sinn zweifellos besondere Anerkennung dafür, dass er die Öffentlichkeit auf die Auswirkungen der Krisenmaßnahmen der Zentralbanken hingewiesen hat. Er machte seine Kritik in der Debatte an einem einzigen Schlüsselwort fest: den Salden des »trans-europäischen automatisierten Echtzeit-Brutto-Express-Zahlungssystems«, kurz Target genannt. Er wagte sich sogar, ein Buch über das Thema zu schreiben, das bis dahin nur einer Handvoll Experten geläufig war. Ich bin mir sicher, dass niemand anderes als Hans-Werner Sinn es vermocht hätte, ein so abstraktes Thema zu einem Bestseller der deutschen Wirtschaftsliteratur zu machen.

Ich möchte die ganze Target-Debatte an dieser Stelle nicht nochmal aufgreifen. Die Bundesbank teilt viele der Feststellungen und Schlussfolgerungen von Hans-Werner Sinn. Allerdings gehen unsere Meinungen doch in mehreren Analysepunkten auseinander. Wir sehen das Target-System nicht per se als Problem, sondern eher als ein System, das bestehende Probleme im Euroraum widerspiegelt. Die zugrunde liegenden Risiken resultieren zuallererst aus der Liquiditätsbereitstellung und den hierfür geltenden Regelwerken sowie aus der daraus folgenden grenzüberschreitenden Liquiditätsverteilung. Im Bankenwesen ist es ähnlich: Hier sind die notleidenden Kredite ein potenzielles Risiko, nicht aber das Zahlungssystem, über das die Zahlungen abgewickelt werden. Unsere kritische Analyse ist dementsprechend auf Aspekte wie die Liquiditätsversorgung gerichtet, wo die Grenzen zwischen Geldpolitik und Finanzpolitik zu verschwimmen drohen. So wird beispielsweise bei sehr umfangreichen Notfall-Liquiditätshilfen der Sicherheitenrahmen stark verwässert. Gleiches gilt für den Ankauf von Staatsanleihen. Hier liegen wir zweifellos auf einer Linie mit Hans-Werner Sinn. Bei der Bewertung der Risiken, die das Target-System etwa für Deutschland birgt, gehen unsere Meinungen dagegen wahrscheinlich auseinander.

Trotz einiger Meinungsunterschiede ist es zweifellos ein besonderes Verdienst von Hans-Werner Sinn, dass er eine intensive, breite öffentliche Debatte angeregt hat – auch wenn seine bisweilen scharf formulierten Argumente uns das Leben im Eurosystem nicht immer leichter gemacht haben.

Fazit

Lieber Hans-Werner Sinn, Arthur Schopenhauer hat einmal geschrieben: »Im Alter gibt es keinen schöneren Trost, als dass man die ganze Kraft seiner Jugend Werken einverleibt hat, die nicht mitaltern.«

Nun, ich bin mir nicht sicher, ob Ihr Alter überhaupt nach Trost verlangt. Wenn ich mir Ihre letzten Publikationen ansehe, scheinen Sie sich viel von Ihrer Energie bewahrt zu haben. Und Sie haben offenkundig einen Teil Ihrer Jugend für eine Fülle an weiteren Lebensleistungen aufgespart, die weit über das hinausgehen, was ich heute angesprochen habe.

Ich hoffe jedoch, dass die kurze Zeitreise, die ich heute zu Ihren öffentlichen Stellungnahmen der letzten Jahrzehnte unternommen habe, zumindest eines deutlich zeigt: Ihre Werke werden nicht altern. Sie enthalten Erkenntnisse, die noch heute relevant sind und es auch morgen noch sein werden.

Es besteht kein Zweifel daran, dass Ihre Publikationsliste noch länger werden wird. Sie haben bereits in einem Interview gesagt, dass Sie weitere Bücher schreiben wollen. Ich wünsche Ihnen die Kraft und Energie für viele weitere öffentliche Stellungnahmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hoffe, die Diskussionen auf dem heutigen Symposium werden Ihnen viele Anregungen verschaffen.